



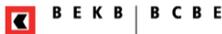
NEUE HELVETISCHE GESELLSCHAFT
TREFFPUNKT SCHWEIZ
GRUPPE BERN

Nachdenken über die Schweiz

Veranstaltungsreihe 2014/2015
der NHG-RS Gruppe Bern

Diese Veranstaltungsreihe wird unterstützt durch:

Julius Bär



Inhalt

1. Driftet die Schweiz auseinander?

Datum Montag, 10. November 2014, 18.15 bis 20 Uhr
Referent Werner Seitz, Leiter Sektion «Politik, Kultur, Medien» Bundesamt für Statistik. Anschliessend Diskussion mit Rudolf Strahm, ehem. Preisüberwacher, alt NR SP, Publizist; Katrin Rieder, Historikerin/Soziologin, ehem. Geschäftsführerin Ballenberg; Marianne Streiff, NR und Präsidentin EVP Schweiz

2. Die Schweiz und ihre Mythen

Datum Montag, 1. Dezember 2014, 18.15 bis 20 Uhr
Referenten Prof. em. Dr. Angelo Garovi, Historiker, Linguist und Musikwissenschaftler. Guy Krneta, Schriftsteller, Autor und Dramaturg, Mitglied von «Bern ist überall» und «Kunst und Politik».

3. Die Schweiz in der Welt

Datum Dienstag, 13. Januar 2015, 18.15 bis 20 Uhr
Referent Dr. Luzius Wasescha, a. Botschafter, ehem. Leiter der schweiz. Delegationen bei WTO, EFTA und Gatt und Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge etc.

4. Hat die Mehrheit immer recht?

Datum Montag, 16. Februar 2015, 18.15 bis 20 Uhr
Referent Prof. Dr. René Rhinow, em. Professor für Staats- und Verwaltungsrecht Uni Basel, alt Ständerat BL. Anschliessend Diskussion mit Nationalrat Gregor Rutz (SVP), Ständerat Hans Stöckli (SP) und dem Publikum.

5. Welche Schweiz wollen wir?

Datum Montag, 16. März 2015, 19.15 bis 21 Uhr
Referenten Diskussion unter und mit jungen Berner Parlamentarierinnen: Nadia Pieren SVP, Christa Markwalder FDP, Nadine Masshardt SP, Aline Trede GB

1. Driftet die Schweiz auseinander?

Einführungsreferat von Werner Seitz, Leiter der Sektion «Politik, Kultur, Medien» im Bundesamt für Statistik und Lehrbeauftragter, Autor der «Geschichte der politischen Gräben in der Schweiz» (2014, Rüegger Verlag Zürich). Die folgende Zusammenfassung basiert auf einer Textvorlage des Referenten.

Rückblick auf drei besonders tiefe politische Spaltungen in der Schweiz

- **Die konfessionell gespaltene Schweiz**

Als die Schweiz 1848 gegründet wurde, war sie konfessionell und kulturell tief gespalten: **Die Katholisch-Konservativen** – die Verlierer des Sonderbundskrieges – zogen sich in ihre Stammlande zurück und konsolidierten ihre Hegemonie, während sich **die Radikalen und Liberalen** an den Aufbau des nationalen Staates machten. Die Katholisch-Konservativen bauten zusammen mit dem Klerus eine katholische Parallelgesellschaft auf.

Diese konfessionelle Spaltung war sehr tief und dauerte lange an. Weil die Katholisch-Konservativen in ihren Stammländen zwar dominant, aber gesamtschweizerisch nicht mehrheitsfähig waren, konnten die Radikalen mit dieser Spaltung umgehen. Erst nach dem 2. Weltkrieg – mit dem verstärkten Prozess der gesellschaftlichen Säkularisierung – löste sich die «katholische Sondergesellschaft» auf.

- **Turbulenzen zwischen den Sprachregionen**

Die französische Sprachminderheit war – im Gegensatz zu den Konservativen Katholiken oder den Sozialisten – in der Schweiz von Anfang an gut aufgehoben. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts aber begann sich das Verhältnis zwischen den Sprachregionen in der Schweiz zu verschlechtern. Sprachchauvinistische Intellektuelle begannen hüben und drüben der Sprachgrenze Traktate gegen die **«Verwelschung»** der Deutschschweiz bzw. gegen die **«Germanisierung»** der Romandie zu verfassen. Offen brach der sprachregionale Konflikt während des Ersten Weltkrieges aus, als die aussenpolitischen Sympathien entlang der Sprachgrenzen verliefen. Die sprachkulturelle Spaltung beruhigte sich nach dem Ersten Weltkrieg etwas, sie dauerte aber noch bis in die 1930er Jahre an. Sie war dramatisch, weil sie die Schweiz in ihrem Zusammenhalt bedrohte.

- **Stadt gegen Land, links gegen rechts**

Zur Zeit des Ersten Weltkrieges litt ein Grossteil der Bevölkerung in den Schweizer Städten unter der grassierenden Arbeitslosigkeit, der steigenden Teuerung, der Lebensmittelknappheit und der Spanischen Grippe. Während das Volk darbt, ging es den Bauern gut und die Neureichen und Kriegsgewinnler zeigten unverblümt ihren Reichtum. Dies führte zu einer Radikalisierung der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften. Im November 1918 kam es zum **Generalstreik**, der von 250'000 Streikenden befolgt wurde.

Die Bürgerlichen reagierten heftig und boten rund 100'000 Soldaten auf. Es waren vor allem ländliche Truppen. Nach wenigen Tagen wurde der Streik erfolglos abgebrochen. Er hinterliess eine polarisierte Schweiz, radikalisierte Arbeiter und ein aufgeschrecktes Bürgertum. Stadt und Land hatten sich ebenfalls entfremdet. Diese beiden Spaltungen zeigten sich **im 20. Jahrhundert am häufigsten**.

Diese drei Schlaglichter zeigen, dass die Gefahr des Auseinanderdriftens der Schweiz nicht neu ist. Es gab in der Geschichte der Schweiz immer wieder sehr heftige und lang andauernde Spaltungen. Hinsichtlich der Heftigkeit, mit der diese Konflikte ausgetragen wurden, war die Gefahr des Auseinanderdriftens früher – vor allem vor dem Zweiten Weltkrieg – deutlich grösser als heute. Trotzdem muss die aktuelle politische Spaltung in ihrem Ausmass als ausserordentlich eingestuft werden.

Die neue politische Konfliktlinie: Öffnung gegen Abschlissung

Im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts tauchten zwei neue Konfliktlinien auf: In den 1970er Jahren war es der Gegensatz «Materialismus vs. Postmaterialismus», welcher sich vor allem in Umweltschutzfragen manifestierte, aber auch in der Abnahme des Pflichtwerts und einer Zunahme der Selbst- und Mitbestimmungswerte.

Seit den 1990er Jahren polarisiert die Konfliktlinie «Öffnung gegen Abschlissung» die Gesellschaft. Bei ihr geht es um die Frage des **Beitritts zu internationalen Organisationen, vor allem zur EU**. Diese Fragen haben eine wirtschaftliche und eine kulturelle Dimension. Es ist aber vor allem die kulturelle Dimension, welche einen starken Einfluss auf die Politlandschaft ausübt. So werden Fragen wie jene nach dem Verlust von politischem Handlungsspielraum und von politischer Souveränität wichtig. Es steht auch die Frage nach der nationalen Identität im Eng verbunden. Eng verbunden mit dieser Konfliktlinie sind auch Fragen der Asyl-, Einwanderungs- und Ausländerpolitik. Sie beschränkt sich aber nicht nur auf die Öffnungsfrage, sie war und ist – und hierin liegt ihre Bedeutung – gleichsam auch ein Katalysator für die Bündelung von weiteren ideologischen Betrachtungsweisen, bei denen es auch um konservative bzw. progressive gesellschaftspolitische Werte geht.

Bei der Konfliktlinie «Öffnung vs. Abschiessung» gibt es **Gewinner und Verlierer**, wobei dies nicht allein wirtschaftlich, sondern auch mental verstanden werden muss. Als Gewinner gelten die Vertreter der neuen Mittelschicht (das sind z.B. die Beschäftigten mit einer guten Ausbildung in der öffentlichen Verwaltung oder im Gesundheitswesen, aber auch Fachleute aus den exportorientierten Dienstleistungs- und Wirtschaftssektoren), denen die Öffnung der Grenzen neuen Möglichkeiten schafft. Als Verlierer gelten dagegen die alte Mittelschicht (Handwerker, Kleinhandel) und die Bauern sowie die Arbeiter, für die die Öffnung wirtschaftlich und kulturell eine Bedrohung ist. Diese Konfliktlinie und die Spaltung in Gewinner und Verlierer gibt es auch in den anderen europäischen Staaten.

Der Schock von 1992

In der Schweiz entzündete sich der Konflikt um die Achse «Öffnung vs. Abschiessung» schlagartig 1992, als die Vorlage über den Beitritt der Schweiz zum EWR in der Volksabstimmung abgelehnt wurde. Gross war dann der Schock, als diese Vorlage im Dezember 1992 von Volk und Ständen verworfen wurde. Vor allem aber war **die Schweiz politisch tief gespalten**: die Romandie und die grossen Städte der Deutschschweiz stimmten zu, die italienische Schweiz und die ländlichen und die meisten Agglomerationsgemeinden der Deutschschweiz lehnten ab. Das Erstaunen über das «Nein» war insofern gross, als in den **1970er- und 1980er-Jahren** Bewegung in die konservative und rechtsbürgerliche Politik der Schweizer Gesellschaft gekommen war und **die Gesellschaft leicht nach links in die Mitte rutschte**.

In den 1990er Jahren schritt die europäische Integration – forciert durch den Fall der Berliner Mauer voran, genauso wie die wirtschaftliche Globalisierung und die gesellschaftliche Modernisierung. Die Öffnungsfrage blieb das politisch treibende Thema. Der Lead gegen die aussenpolitische Öffnung ging an die **SVP** – und ihr **Aufstieg begann**.

Veränderungen in der Parteienlandschaft

- **Die Katholisch-Konservativen richten sich neu aus und heissen nun CVP**
Bis in die 1950er Jahre war das konservative Segment in der Schweiz parteipolitisch nach Konfessionen getrennt: die Katholiken waren bei den Katholisch Konservativen, die Reformierten bei der BGB (SVP) oder den Liberalen. Nach dem Zweiten Weltkrieg positionierten sich die Katholisch Konservativen, nach dem Vorbild der christlichdemokratischen Schwesterparteien in Westeuropa, vor allem der CDU als überkonfessionelle Volkspartei in der bürgerlichen Mitte.

Mit dieser Neuausrichtung wollten sie ausserhalb ihrer Stammlande, in den Agglomerationen des Mittellandes, vermehrt Fuss fassen. Dazu nannten sie sich in **Christlichdemokratische Volkspartei** um. Der Ausbruch aus dem katholischen Milieu aber gelang der CVP nicht. Sie ist bis heute eine Partei der Katholiken geblieben.

- **CVP und FDP geraten ab den 80er-Jahren auf die Verliererstrasse**

Mit dem Aufkommen der ökologischen Frage in den 1980er Jahren kamen die CVP und vor allem die FDP unter Druck. Einerseits wurden sie bedrängt von den jungen ökologischen Bewegungen, und es kam teilweise zu Abspaltungen. Bald aber machte andererseits auch die neu gegründete antiökologische und neoliberale Autopartei Druck auf FDP und CVP, weil diese einige ökologische Massnahmen unterstützt hatten.

Vollends unangenehm wurde es für CVP und FDP in den 1990er Jahren, als die Öffnungsfrage aufs Tapet kam und sie sich öffnungsfreundlich zeigten. Dies machte sich die SVP zunutze, welche ihren Druck auf diese beiden Parteien verstärkte.

Ab den 1980er Jahren begannen die Parteistärken der CVP und der FDP zu bröckeln, ab den 1990er Jahren waren die Verluste dramatisch: Von 1979 bis 2011 hatte sich so die Parteistärke der CVP von 21% auf 12% beinahe halbiert, ebenso jene der FDP (inkl. LPS), welche von 27% auf 15% zurückging.

- **Der Aufstieg der SVP zur gesamtschweizerischen nationalkonservativen Partei**

Die SVP, die rund sechzig Jahre lang eine stabile Parteistärke von 11% hatte, setzte nach der Abstimmung über den EWR zu einem Höhenflug an, der einzigartig ist in der Geschichte der Schweiz seit der Einführung der Proporzwahlen: Sie steigerte sich von 12% (1991) auf fast 27%.

Die SVP expandierte in verschiedene Richtungen: Zuerst übernahm sie den aggressiven Politstil der **Autopartei**. Die SVP pries sich als bessere und effizientere rechtsbürgerliche Partei an und hatte damit Erfolg. Darauf richtet sich die SVP **gegen FDP und CVP**, welche sich beide in den 1990er Jahren für eine Annäherung an Europa stark machten und einen gemässigten bürgerlichen Kurs fuhren. Die heftigen Attacken der SVP trugen alsbald Früchte, und CVP wie FDP verloren: Die FDP brach flächendeckend ein, die Verluste der CVP waren vor allem in ihren Hochburgen sehr gross. Die SVP machte sich auch an das konservative Potenzial in der **Romandie** und holte dieses sicher an Bord: Sie fasste Fuss dort mit Zuwachsraten von 15 bis 21 Prozentpunkten. Auch hier gingen die Stimmengewinne der SVP weitgehend auf Kosten von CVP und FDP. Die SVP fasst aber auch in den **Grossstädten** Fuss, in den traditionellen Arbeiterquartieren (z.B. in Bern West oder in Schwamendingen). Mit diesem Zuwachs wurde die SVP zur klar stärksten Partei

der Schweiz, so stark wie CVP und FDP, die beiden einst grossen historischen Parteien, zusammen. Damit wurde das bürgerliche Lager nach rechts umgruppiert.

- **Neupositionierung der SP**

Wie im Zusammenhang mit der Konfliktlinie «Materialismus vs. Postmaterialismus» erwähnt, positionierte sich die SP in den **1980er-Jahren** neu, was vorübergehend mit starken Wählerverlusten verbunden war. Sie öffnete sich gegenüber den Neuen Sozialen Bewegungen und damit gegenüber den neuen Mittelschichten, den sog. soziokulturellen Berufen, und **verlor in Arbeiterkreisen an Unterstützung**. Mit der starken Betonung der Notwendigkeit einer Öffnung der Schweiz verstärkte sich die Entfremdung zwischen SP und traditionellen Arbeiterschichten noch mehr. Der SP gelang es aber, in den **1990er-Jahren** wieder Fuss zu fassen

- **SP und SVP als Gewinner der Diskussion um Öffnung gegen Abschiessung**

Bei den wichtigsten Öffnungsvorlagen, über die abgestimmt wurde, waren von den nationalen Parteien die SP, CVP und FDP dafür, die SVP dagegen. Hinsichtlich der Basis gingen die Spaltungen quer durch alle Parteien. Während jedoch die Parteibasis der SVP und auch der SP mehrheitlich ihren Eliten folgten, war dies bei jener der FDP etwas weniger und bei jener der CVP noch weniger der Fall. Dies hatte zur Folge, dass **SP und SVP die Konfliktlinie «Öffnung vs. Abschiessung» tendenziell mit Gewinn bewirtschaften** konnten und aus diesen Diskussionen gestärkt hervorgingen. Dies war bei **der FDP und vor allem der CVP nicht der Fall**.

Fazit

Wir erleben seit den 1990er Jahren einen grundlegenden Wandel der Politlandschaft. Der Treiber dazu ist die Konfliktlinie «Öffnung vs. Abschiessung», von der die wirtschaftliche, vor allem aber die politikkulturelle Komponente von Bedeutung ist. Die SVP will nicht nur den Alleingang der Schweiz gegenüber der internationalen Öffnung durchsetzen, sie will auch die Gesellschaft in Richtung einer konservativen Gesellschaft umbauen. Es ist ihr gelungen, alte Bilder aus der Zeit der Nationalstaatengründung zu reaktivieren und das gesamte nationalkonservative Potenzial in der Schweiz hinter sich zu scharen. Weil sich **SP und Grüne** als öffnungsfreundlicher Pol halten konnten, ist die Politlandschaft polarisierter geworden.

Zwischen diesen beiden Polen liegt die **so genannte Mitte**, bestehend aus den CVP und FDP, welche sich beide auf der Verliererstrasse befinden, sowie den beiden neuen Parteien GLP und BDP, die im Aufwind sind. Bisher haben es diese Parteien

nicht geschafft, zusammen eine kohärente Politik zu betreiben; die so genannte Mitte bleibt fragmentiert.

Die Frage nach der Öffnung der Gesellschaft zieht sich quer durch die Parteien und wird gerade in jüngster Zeit von verschiedenen Ängsten und Befürchtungen überlagert, die das Stimmverhalten entscheidend beeinflussen. Es ist eine der grossen Herausforderungen der Befürworter des Öffnungskurses, mit rationalen Argumenten auf diese Ängste einzugehen. Es müssen aber auch, weil sich hier Vieles auf der **kulturellen, mentalen Ebene** abspielt, Bilder in die Abstimmungsdiskussionen eingebracht werden. Das müssen keine historischen Mythen sein, sondern vielmehr Bilder, welche Vertrauen schaffen. Das können Bilder der Aufklärung sein, der Menschenrechte und des Rechtsstaates, Bilder einer urbanen Schweiz, einer Gesellschaft, die nicht auf Abstammung basiert. Solche Bilder sind nach Ansicht des Referenten wichtig, denn wir haben es **auch mit einem «Kultur-Kampf»** zu tun.

2. Die Schweiz und ihre Mythen

Die Geschichten um Tell, den Rütli Schwur, Morgarten oder Marignano dienten nach der Entstehung unseres Bundesstaates 1848 zur Stärkung und emotionalen Verankerung der schweizerischen Identität und Souveränität. Sie sollten der Kitt unserer Nation sein. Wie sind diese Mythen entstanden? Wie aber war es wirklich?

Wie die Schweiz zu ihrem Helden kam

Entstehung eines Mythos am Beispiel der Geschichte des Wilhelm Tell. **Referat von Prof. em. Dr. Angelo Garovi**, Historiker und Linguist, hat Musikwissenschaften und Rechtsgeschichte studiert und sich als langjähriger Staatsarchivar des Kantons Obwalden eingehend mit dem «Weissen Buch von Sarnen» und der Entstehung der schweizerischen Mythen auseinandergesetzt.

Der folgende Text ist eine Zusammenfassung des Referates und eines Artikels von A. Garovi aus der «NZZ am Sonntag» vom 6. 1. 2013.

Was ist ein Mythos?

Mythos ist ein Begriff aus der Philosophie der Griechen und das Gegenstück des Logos. Er ist ein Phänomen des Erzählens, der Autor spielt keine Rolle, die Herkunft des Mythos bleibt meist unklar.

Definition nach Duden: «1. Überlieferte Dichtung, Sage, Erzählung aus der Vorzeit eines Volkes. 2. Person, Sache, Begebenheit, die (aus meist verschwommenen, irrationalen Vorstellungen heraus) glorifiziert wird, legendären Charakter hat.» Warum und wann eine Sage, wie die des Schützen Wilhelm Tell, die nachweislich aus Nord-europa stammt, zum Mythos wird, ist nicht zu klären.

Ein anderes Beispiel: das Rütli. Diese Wiese am Vierwaldstättersee wurde zum ersten Mal 1409 erwähnt. Sie war nicht der Ort des oft beschworenen Rütli Schwurs, der in der überlieferten Form kaum so stattgefunden hat. Das Rütli spielt trotzdem in der Geschichte der Schweiz eine wichtige Rolle, es wird oft beschworen und muss für viele Ansprüche aus allen politischen Lagern herhalten.

Das Weisse Buch von Sarnen

Der Obwaldner **Landschreiber Hans Schriber** war eine herausragende Gestalt in der Stadt- und Landschreiberszene des 15. Jahrhunderts. Er stammte aus Engelberg und war im Rathaus Sarnen von 1434 bis 1478 tätig. Er war ein politisch einflussreicher Schreiber, Notar, Tagsatzungsabgeordneter und Schiedsrichter zur Zeit des Bruder Klaus. Nach dem Brand von Sarnen im Jahre 1468 erstellte er ein Buch mit Abschriften von allen wichtigen Urkunden der Staatskanzlei, so der eidgenössische Bundesbriefe von 1352 bis 1452, der Unterwaldner Freiheitsbriefe, Abschriften des Sempacherbriefes, des Pfaffenbriefes und auch gemeineidgenössische Verträge mit Auswärtigen (zum Beispiel Verträge mit Frankreich).

Am Schluss des Kanzleibuches, später «Weisses Buch» genannte, verfasste Schriber um 1470 eine Chronik über die Entstehung der Eidgenossenschaft, über den «Anfang der drei Länder» Uri, Schwyz und Unterwalden.

Die Geschichte des Wilhelm Tell

Schriber entwickelte für jeden Ort eine Art Gründungsgeschichte. Für Uri wählte er die Geschichte des Schützen Tell. Er formulierte die Tellsgeschichte im Weissen Buch erstmals so detailliert und brachte sie mit der Bundesgründung in Verbindung. Dabei beruft er sich auf die «Berner Chronik» von Justinger aus den 1420-er Jahren. Die Tellsgeschichte geht zurück auf **eine nordische Sage** über den Apfelschuss vom Kopf eines Kindes. Dazu wurde Toko, ein herausragender norwegischer Bogenschütze, von König Harald von Norwegen zur Strafe gezwungen. Schriber übernahm die Toko-Sage sehr wahrscheinlich aus dem bruchstückhaft überlieferten Geschichtswerk des Mönches Saxo aus dem frühen 13. Jahrhundert und übertrug sie in seiner Chronik auf den Schützen Tell. Ganz im Geiste seiner Zeit stellt er in der Geschichte des Tell die Österreicher als Gegner dar, hielt klar am urschweizerischen Standpunkt fest, wonach die Eidgenossenschaft als «Kampfbund» gegen österreichische Tyrranei entstanden sei. Im Hintergrund stand die Fehde Obwaldens mit Herzog Sigmund.

Eine Generation später übernahm der Luzerner Chronist Petermann Etterlin aus der Sarnen-Chronik die Tellsgeschichte in seine «Kronik von der loblichen Eydenossenschaft», die er 1507 in Basel gedruckt herausgab. Innerhalb weniger Jahre kursierten verschiedene gedruckte Versionen, im 16. Jahrhundert wurde Tell DER Freiheitsheld. Angeregt durch einen Brief von Johann Wolfgang Goethe hat **Friedrich Schiller** das Thema **«Notwehr gegen tyrannische Gewalt»** literarisch in Szene gesetzt: Wilhelm Tell ist Weltliteratur geworden. Während seines eingehenden Quellenstudiums ist Schiller sehr wahrscheinlich auch auf Schribers Chronik gestossen, von der er den Aufbau für sein Tell-Drama übernommen hat. Einige Stellen überträgt er sogar wörtlich.

Seit Rossinis Oper «Wilhelm Tell» im 19. Jahrhundert wurde Tell ein «Kulturgut». Er liess sich jederzeit politisch vereinnahmen, sowohl im Bauernkrieg wie während der Französischen Revolution, Fidel Castro, Che Guevara und selbst die El Al Attentäter 1969 beriefen sich auf ihn. Max Frisch fachte die Diskussion über den Mythos mit seinem «Tell für die Schule» anfangs 70-er Jahre wieder neu an.

Ohne Schriber und seine brillant komponierte Befreiungsgeschichte der Waldstätte wäre der Mythos um die Gründung der Eidgenossenschaft nie entstanden, wir hätten weder Schillers Tell noch Rossinis Oper. «Dieser Text wurde grundlegend für die Schweiz und ihre Identität» erklärte Kulturhistoriker Peter von Matt, «kein Schweizer Autor hat je ein Werk von grösserer Wirkung verfasst.» Und der Historiker Bergier hält fest: **«Tell ist überall, doch nirgends festzumachen. Er behält sein Geheimnis – und eben diesem Geheimnis verdankt der Mythos seine Macht.»**

Die Schweiz und ihre Mythen ...

... aus der Sicht von **Guy Krneta**. Er ist Schriftsteller und Theatermacher, eines der führenden Mitglieder der Gruppe «Kunst und Politik», ein Kulturschaffender, der sich als sensibler Beobachter unserer Gesellschaft auch in die Politik einmischt.

1. 700 Jahre Eidgenossenschaft – und das Boykott der Kunstschaffenden

1991 wurden 700 Jahre Eidgenossenschaft gefeiert. Es war für Krneta ein zwiespältiges Fest. Nicht nur, weil das Datum historisch «auf schwachen Beinen» steht, sondern weil die Gesellschaft den Kalten Krieg noch kaum überwunden hatte. Der Feind lag nicht nur im Osten, auch ein Teil der Bevölkerung hatte dazu gehört. Es waren Leute, die sich christlich, ökologisch, pazifistisch, sozialistisch oder kulturell engagierten. Der Kalte Krieg ging in der Schweiz mit Verzögerung zu Ende und ist auch heute noch nicht wirklich aufgearbeitet. Es wurde zum Beispiel kein einziger Spitzel entlarvt, und niemand hat offiziell informiert, wie bei uns die Überwachung funktionierte. Die hunderten von Fichen liegen im Bundesarchiv und dürfen erst ab 2039 wissenschaftlich ausgewertet werden!

Kulturschaffende der Gruppe Olten riefen 1991 zum Boykott der Feiern auf. Namhafte Künstlerinnen und Künstler erklärten öffentlich, dass sie weder Festspiele schreiben noch sich mit Reden beteiligen würden. Dieses Abseitsstehen beschäftigte Krneta. Er fand, dass man nicht Kunst boykottieren könne, sondern dass man mit einem Werk den Boykott ausdrücken müsse. Als Mitbegründer des Theaterfestivals «auawirleben» schrieb er für das «aua91» ein Jugendstück: **«Dr aut Lehme»** wurde im Schlachthaus in Bern aufgeführt.

Es geht darin um verschiedene Geschichtsauffassungen. Der Vater kann sich mit den neuen Inhalten, die sein Kind in der Schule lernt, nicht abfinden und zitiert stets

«dr aut Lehme», seinen von ihm als Vorbild erlebten Geschichtslehrer. Das Kind ist hin und her gerissen zwischen Lehrer und Vater. Es denkt sich seine eigene Schweizer Geschichte aus und erfindet neue Mythen, Sagen und Legenden. Krneta war es wichtig, andere Erinnerungsorte zu erfinden als das Rütli oder Morgarten, andere Figuren als Wilhelm Tell. Ihn interessierten zum Beispiel die Pfahlbauer, die zu der Zeit entmystifiziert wurden oder die Figur der Helvetia, über die es keine Geschichten gibt.

2. Hurra verloren! – 499 Jahre Marignano

Am 1. August dieses Jahres führte das Netzwerk «Kunst + Politik» (eine Vereinigung vom Künstlern und Künstlerinnen) eine Aktion durch im Hinblick auf die angesagten Feiern von 2015 zum 500. Jahrestag der Schlacht bei Marignano. Mit der Aktion «Hurra verloren! – 499 Jahre Marignano» ging es darum, diese Thema bereits ein Jahr zum Voraus zum Nicht-Thema zu machen. Krneta schrieb einen Essay über das Beinhaus von Marignano, das erst 200 Jahre nach der Schlacht erstellt worden ist (!) und jetzt renoviert werden soll («Die Gebeine von Marignano»). Die Reaktionen von aussen waren stark, die Aktion löste sich von den Initianten, eine Debatte war lanciert. Die NZZ brachte eine Doppelseite mit dem Titel **«Auf ins Jubiläumsjahr der Superlative»** ohne die Initianten von Kunst + Politik zu erwähnen. Zur vorgesehenen Jahresfeier für Morgarten war zu lesen: «Längst ist nicht sicher, ob die Schlacht überhaupt stattgefunden hat.» Zu Marignano stand: «Die Niederlage gegen den französischen König gilt als zentraler Wendepunkt der Schweizer Geschichte: Sie soll nicht nur das Ende einer aktiven Expansionspolitik markieren, sondern auch den Beginn der schweizerischen Neutralität. Die geschichtswissenschaftliche Forschung stützt diese Deutung heute kaum mehr, dennoch bleibt Marignano im kollektiven Gedächtnis tief verankert.» Der Inlandredaktor reagierte umgehend, er schrieb: «Das Auseinanderklaffen von Gedenken und realen Geschehnissen beklagt nur, wer übersieht, dass jedes historische Ereignis eine doppelte Geschichte hat: seine eigentliche Chronik und die Rezeptionsgeschichte, also das, was spätere Generationen aus ihm machen. Schliesslich bedarf eine staatliche Gemeinschaft einfach der Jubiläen. Das Erinnern an historische Wegmarken ist eines ihrer Mittel, sich ihrer Identität zu vergewissern. Das gilt besonders für eine Willensnation wie unsere, die ohne einheitliche ethnische und sprachliche Bande auskommen muss. Die Schweizerinnen und Schweizer haben einzig ihre gemeinsame Geschichte. Sonst nichts.» Die Lehre daraus: **Mythen sind wichtiger als die reale Geschichte.**

Die Vorstellung, dass man nach 500 Jahren eine Niederlage feiert, das kollektive Verbluten von zehntausenden von Kämpfern in Italien, scheint Krneta absurd. Es gäbe seiner Meinung nach naheliegendere und passendere Geschichten um zu zeigen, was die Schweiz ausmacht.

3. Mythen sind Geschichten, die sich selbständig machen

Mythen entstehen, wenn Schriftsteller und Schriftstellerinnen Geschichten schreiben, die sich irgendwann von ihnen lösen und beginnen, ein Eigenleben zu führen. Sie werden kollektives Gut, und je nach politischen Interessen interpretiert und eingesetzt. Es spricht für die Kraft der Geschichte, wenn es ihr gelingt, zum Mythos zu werden.

Man kann sich fragen, ob Geschichten, ob Mythen nicht für bestimmte historische Momente neu geschaffen werden sollten, so wie das bei der Gründung unseres Bundesstaates der Fall war, als plötzlich nationale Mythen auftauchten. Wer in der Politik Mehrheiten finden will, muss auch heute starke Bilder, griffige Sprüche und gute Geschichten anbieten. Krneta hätte nichts dagegen, wenn «die Politik» wieder den Dialog mit Künstlern und Künstlerinnen suchen würde. Er findet aber die Vorstellung grauenerregend, dass heute jemand einen Gründungsmythos für eine weltoffene, solidarische und multikulturelle Schweiz aufschreiben würde. Das innerste Wesen einer Erzählung sei es, dass sie sich nicht in den Dienst einer Interessenlogik stellt, dass sie abdriften darf, dass sie sich verirren und sogar gegen den Erzähler selber richten kann.

Fragen aus dem Publikum

Antworten von G Garovi / K Krneta

1. Ein heute wieder aktueller Mythos sind die «fremden Richter».

Was ist zu diesem Schlagwort im Archiv zu finden?

G Im ersten bekannten Freiheitsbrief von 1309 sind auch Gerichtsprivilegien erwähnt. Der Landammann konnte auf erster Stufe Recht sprechen (er hatte als Symbol ein kaiserliches Richtschwert erhalten). Eine Appellation an den kaiserlichen Hof war aber möglich. Es ist für G ein Problem, dass meistens Politiker Mythen bemühen, ohne dass sie Quellen konsultieren. Nachtrag des Referenten zum Bundesarchiv in Schwyz: Hier sind aus «alter Zeit» fast nur europäische Akten aufbewahrt!

2. Welche Gründe sehen sie für die zunehmenden Rückgriffe in Politik und Gesellschaft auf frühere Zeiten, auf altes Brauchtum und bäuerliche Traditionen?

G Uns fehlt das Selbstvertrauen, wir sollten endlich einmal nach vorne schauen und Visionen haben, nicht immer die Vergangenheit «aufarbeiten» – obwohl paradoxerweise viele Akten aus dem 2. Weltkrieg noch immer unter Verschluss gehalten werden. Nachtrag aus dem Publikum: Vielleicht beschäftigen wir uns so oft mit alten Mythen, weil uns die Kriegserfahrung fehlt, die die Staaten Europas um uns herum brutal geprägt und mit der Gegenwart konfrontiert haben.

3. *Alte Mythen sind in einer oralen Kultur entstanden. Heute werden wir von einer Flut von Geschichten aus allen Medien überschwemmt – ist das ein Hindernis für **die Bildung neuer Mythen?***

- K** Es geht um die Frage der Identität, der Sozialisation, die zum Beispiel durch eine kollektive Erziehung entsteht. K findet, dass neue Mythen nicht wichtig sind, er möchte viel lieber auf der Realität basieren. Er ist politischen Vorbildern gegenüber skeptisch, hat kein Interesse solche zu schaffen, weil er jede Ideologie ablehnt.
- G** Auffallend ist es, dass wohl neue Legenden entstehen, zum Beispiel über Musiker und andere Vorbilder aus Shwobusiness und Sport, historische Themen aber nicht interessieren.

3. Die Schweiz in der Welt

Die Schweiz ist Standort bedeutender internationaler Organisationen. Ihre Finanzwirtschaft ist globalisiert, sie gehört zu den zwanzig wichtigsten Volkswirtschaften mit internationaler Verflechtung. Dennoch fällt ihr die politische Einbindung in die EU und in andere internationale Organisationen ausgesprochen schwer. Von der politischen Rechten geraten sowohl die Beziehungen zur EU als auch das Völkerrecht zunehmend unter Beschuss. Damit droht sie unser Land international ins Abseits zu manövrieren.

Referat von Dr. Luzius Wasescha, Jurist und a. Botschafter, ist ein ausgewiesener Kenner des Welthandels. Er war Leiter der Ständigen Mission der Schweiz bei der WTO und bei der EFTA in Genf, Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge, einer der Chefunterhändler der Schweiz in den WTO-Verhandlungen sowie in Verhandlungen über Freihandelsabkommen.

Vorbehalte nach Schweizerart

Die politische Schweiz tut sich schwer, anzuerkennen, wie stark wir in Europa verflochten sind. Einige Beispiele:

Fluglärmdiskussion: Das Parlament wies die erste, von Bundesrat Leuenberger ausgehandelte Vereinbarung zurück, es wollte selber Bedingungen festlegen. Mit der Meinung, «Süddeutschland ist Ausland, den Fluglärm managen wir alleine», kam es aber nicht durch. Nur dank Konzessionen ist eine Einigung zu Stande gekommen.

Bankgeheimnis: Mit der Behauptung «das Bankgeheimnis ist nicht verhandelbar», wir machen das bilateral, fuhr Bundesrat Merz gegen die Wand. Teilweise hatte er zwar Recht: es wurde nicht verhandelt, es wurde von aussen Druck gemacht und diktiert, heute ist das Bankgeheimnis weg und zahlreiche Banken haben hohe Bussen zu bezahlen.

Grippen: Die Beschaffung neuer Flugzeuge vom Typ Grippen wurde damit begründet, dass nur so die Unabhängigkeit der Schweiz garantiert werden könne. Experten aber

(und wie das Abstimmungsergebnis zeigt, auch der grössere Teil der Stimmenden) sind der Überzeugung, dass die Lufthoheit nur grossräumig garantiert werden kann, dass also die NATO unser Schutzschild ist.

Viele Vorurteile kommen wohl dadurch zustande, weil «die Schweizer» es gewohnt sind, kleinräumig zu denken. Gemeindeautonomie und kantonaler Föderalismus prägen das politische Leben, geben uns die Möglichkeit, im Detail mit zu reden. Doch auch schon innerschweizerisch müssen wir zusammenarbeiten (Gemeindeverbände, Konkordate). Die Einsicht muss noch reifen, dass wir mit der EU bereits eng verflochten, dass wir auf sie angewiesen sind.

Handelbeziehungen – «Wir sind wichtig, die Grossen gewichtig»

Nach dem 2. Weltkrieg lag das Schwergewicht auf den Beziehungen USA – Europa. In den 70-er Jahren verschob sich das Zentrum nach Asien, in den pazifischen Raum. Heute spielen sich 50% des internationalen Handels mit den Entwicklungsländern ab. China dominiert im Rohstoffhandel und fasst Fuss in Afrika.

Mit Freihandelsabkommen versuchen die USA, wieder mehr Einfluss zu nehmen. Mit den Asean- Ländern (Vereinigung südostasiatischer Staaten) geht das zurzeit nicht, weil diese befürchten, mit solchen Abkommen China zu brüskieren. Nun sind die USA daran, mit der EU ein Freihandelsabkommen auszuhandeln. Das wird ein Problem für die Schweiz!

Das Handelsvolumen der Schweiz mit den USA entspricht demjenigen mit Baden/Württemberg, dasjenige mit Japan dem mit Vorarlberg/Tirol und der Handel mit China dem mit der Lombardei. Die Schweiz hat also keine Wahl: zentral ist und bleibt die EU (zwei Drittel unseres Handelsvolumens).

Probleme ergeben sich in **Freihandelsabkommen** oft mit der Landwirtschaft. Sie ist der wichtigste Grund, wieso die Verhandlungen mit den USA nicht zu einem Ende kommen. Der Bundesrat kann keine eindeutige Haltung einnehmen, weil ihm das Parlament oft in den Rücken fällt.

Eine grosse und wichtige Leistung der Eidgenossenschaft ist das kürzlich mit China abgeschlossene Freihandelsabkommen. Zahlreiche private Unternehmen produzieren bereits in diesem Land, sie haben einen Fuss in diesem riesigen Markt. Beziehungen mit der 3. Welt laufen in jüngster Zeit in umgekehrter Richtung: Unternehmer und Firmen (zum Beispiel aus Indien) investieren in der Schweiz. Sie begegnen noch einigem Misstrauen. Man sollte aber daran denken, dass sich die Stahlindustrie in den USA nur dank indischen Investoren wieder erholt hat.

Unser Verhältnis zur EU – ein Dauerthema

Für die EU sind wir heute ein Drittstaat. Wenn wir zum Beispiel über die Schiedsgerichtsbarkeit bei Unstimmigkeiten verhandeln, kann es nicht sein, dass die Schweiz darin keine europäische Institution akzeptieren will.

Wann soll und wird die Schweiz der EU betreten? (Frage aus dem Publikum).

Antwort Waseschas (Achtung Ironie!): «Die Schweiz hat ein gewaltiges Geschick zu warten, bis sie den grösstmöglichen Preis bezahlen muss. Und bezahlen müssen wir schon heute: siehe Franken- und Eurokurs! Wir übernehmen laufend EU-Recht, wollen (können) aber nicht mitreden. Der EU-Beitritt muss wieder diskutiert werden. Wir müssen «dem Fussvolk» erklären, wie die Sache läuft und nicht die Führung der SVP überlassen.» Wasescha findet, dass unsere Politiker nur kurzfristig denken, leider sei keine Änderung in Sicht. Eine Verneinung von Tatsachen, die uns nicht passen, habe sich eingespielt. Früher konnte die Schweiz noch antizipieren, heute herrschen Vorurteile anstatt Urteile. «Die Schweiz hat keine Vision, nur die Television» – so Wasescha.

Ausschnitt aus einem Interview mit Luzius Wasescha im «Tages Anzeiger» vom 20.12.2012 unter dem Titel «Die Europäische Union fühlt sich von der Schweiz verschaukelt»

Tagesanzeiger: Zurzeit hat die Schweiz wenig Erfolg. Die Antwort der EU auf ihre Anfrage war negativ.

Wasescha: «Die Antwort entspricht nicht den Erwartungen. Nun können wir schimpfen oder verhandeln. Für Verhandlungen bräuchte es ein grosszügiges Mandat des Bundesrats, beispielsweise an eine vorbereitende Kommission. Dafür wäre es aber wichtig, dass der Bundesrat weiss, was er will und was nicht.

Der Bundesrat müsste eine Diskussion lancieren. Er verweist immer auf die innenpolitische Stimmung, die nicht reif sei. So kann es nicht weitergehen. Er muss den Mut haben, eine Strategie zu entwickeln. Auch der UNO-Beitritt ist von drei unabhängigen Kommissionen vorbereitet worden. Genauso müsste man im Verhältnis mit Europa vorgehen. Es braucht eine Kommission von Sachverständigen; eine saubere, interne Vorbereitung. Einige würden fluchen, aber man kann das Verhältnis der Schweiz zu Europa nicht vom Stammtisch aus regeln. Die Kommission müsste einen Weg finden, der am von der Bundeskanzlei verwalteten politischen Schema vorbeiführt. Wenn sie dafür fünf Jahre braucht, soll sie diese Zeit haben.»

Sonderfall Genf

Zum Schluss wirbt Wasescha für «seine Stadt» und ihren internationalen Status: 26'000 Sitzungen von Experten aus aller Welt finden pro Jahr in Genf statt. Es heisst, die

Bühne für die UNO sei in New York, ihr Gehirn aber in Genf. Als zufällige Beispiele für die zentrale Rolle der Stadt erwähnt Wasescha, dass die internationalen Antitabak- und Ebola-Zentren sich auch in Genf befinden, wie der Sitz des IKRK, der WTO.

Im kommenden Frühjahr wird ein Werbe-Bus eine Tournee durch die Schweiz starten, um in den anderen Kantonen für Genf zu werben (am 20. April in Bern). Die Absicht: Genf will zeigen, dass wir bereits in der Welt sind.

4. Hat die Mehrheit immer recht?

Ausschaffung, Verwahrung, Masseneinwanderung – so unterschiedlich die Themen, so gleichartig ist die Problematik. Bundesrat und Parlament tun sich schwer mit der Umsetzung, die Initianten drohen mit Durchsetzungsinitiativen, und in der Bevölkerung wächst der Unmut. Soll «das Volk» immer das letzte Wort haben? Wo bleibt der Schutz der Grundrechte? Welchen Stellenwert hat das Völkerrecht? Ist das Initiativrecht einzuschränken?

Einführungsreferat

Prof. em. Dr. **René Rhinow** war Dozent für Staats- und Verwaltungsrecht an der Uni Basel und vertrat den Kanton BL als Vertreter der FDP während zwölf Jahren im Ständerat.

Der Titel der Veranstaltung umfasst ein weit gefasstes Thema. In den folgenden Ausführungen beschränkt sich der Referent auf den institutionellen Rahmen unserer Demokratie und die Rechtsordnung, er geht nicht ein auf Inhalte und Aufgaben des Staatswesens, wie zum Beispiel sozialstaatliche, wirtschaftrechtliche oder föderalistische Aspekte.

1. Es gibt nur eine rechtsstaatliche Demokratie

Die Verfassung ist Grundlage der Demokratie. Alle Staatsgewalt ist an das Recht gebunden, das Recht konstituiert die Demokratie, Rechtsstaat und Demokratie bedingen sich gegenseitig.

«Demokratie ist ohne Rechtsstaatlichkeit und der Rechtsstaat ohne Demokratie nicht zu haben» (Zitat Rhinow).

Das Recht gewährleistet den politischen Prozess, es begrenzt die Politik und muss Basis sein der politischen Entscheidungen. Es muss auch Schutz bieten vor der «Tyrannei des Volkes», das Volk kann nicht über dem Recht stehen (zum Beispiel mit nicht konformen Initiativen), andererseits müssen die Institutionen dem Volk dienen. Grundlagen unserer Rechtsordnung sind die Menschenrechte, eine Macht- und Gewaltenteilung und der Rechtsschutz durch unabhängige Gerichte.

2. Mehrheitsentscheide werden Teil der Rechtsordnung

Auch das Volk übt Staatsgewalt aus, die freie Volkswahl ist der Kern der Demokratie. Parlamente sind die unmittelbare Volksvertretung, in der Schweiz fällen sie über 90% aller politischen Entscheide! Das Bewusstsein, dass Parlament und Regierung durch «das Volk», durch demokratische Entscheidungen gewählt worden sind, geht immer mehr verloren.

«**Die Schweiz ist mehr als eine Demokratie, die Demokratie mehr als Volksrechte**» (Zitat Rhinow). Mehrheitsentscheide müssen sich in die geltende Rechtsordnung einfügen. Neue Volksinitiativen gehen nicht automatisch bestehendem Verfassungsrecht vor (z.B. Verwahrungs- Ausschaffungs- und Durchsetzungsinitiative).

Verletzen Volksinitiativen Grundrechte, wird es heikel. Das Parlament muss abwägen, wie neues Recht übernommen werden soll. Das ist eine wichtige Aufgabe der Parteien-Konkordanz, die leider in den letzten Jahren arg gelitten hat. Vorstösse für eine Verfassungsgerichtsbarkeit (wie sie in den meisten Ländern existiert) sind bis heute abgelehnt worden.

3. Keine Demokratie ohne politische Kultur

Demokratie besteht nicht nur aus Rechten und Institutionen. Wir (er)leben sie jeden Tag im direkten Zusammenleben. «**Zentral für eine Demokratie ist der gegenseitige Respekt voreinander**» (Zitat Martha Nussbaum, amerikanische Philosophin). Kompromisse, Respekt, Achtung vor Minderheiten sind die Software, das Schmieröl für das Zusammenleben in einer Demokratie. Volksrechte sind Menschenwerk, sind keine sakrale Einrichtung. Das heisst, dass sie verändert, den gesellschaftlichen Entwicklungen angepasst werden und Lücken im Rechtssystem füllen können. Wer Reformdiskussionen als politischen Verrat bezeichnet, verrät die Demokratie, hat ihre Funktion nicht verstanden. Die Diffamierung von Reformdenkern ist Gift für unsere Demokratie.

In den letzten Jahren hat in der Schweiz eine problematische Entwicklung eingesetzt: Es wird Misstrauen gesät gegen Behörden, Andersdenkende werden verhöhnt und die politische Mitte verunglimpft. Populismus etablierte sich und wurde ein politisches Instrument. Die Konkordanz geht verloren, mediale «Empörungstheater» ersetzen ernsthafte Auseinandersetzungen.

*«Wenn eine Volksinitiative eine Mehrheit für sich zu gewinnen vermochte
«ist (offensichtlich) eine Mehrheit der Bevölkerung der Ansicht, dass die Behörden versagten ...» (Somm)*

*Die «classe politique» will das Volk, den Souverän entmachten und abschaffen ...
Die Politiker reissen die Macht an sich, missachten die Volksrechte ...» (Blocher)*

4. Völkerrecht ist kein fremdes Recht

Abkommen zum Völkerrecht, das eine Friedensordnung ist und die elementaren Menschenrechte schützt, hat die Schweiz bei vollem Bewusstsein unterzeichnet. Es anerkennt zum Beispiel die Souveränität der Staaten. Die Europäische Menschenrechtskonvention EMRK wird in politischen Auseinandersetzungen von rechts oft kritisiert. Die Richter des Gerichtshofes für Menschenrechte aber wurden demokratisch gewählt, es sind auch Schweizer, Schweizerinnen dabei. Wir sind per Staatsvertrag Mitglied. **«Fremde Richter» ist ein irreführender Begriff.**

Sogar in unserer neuen Bundesverfassung von 1999 ist der Vorrang des Völkerrechts festgeschrieben. Also sind auch Volksentscheide grundsätzlich an das Völkerrecht gebunden.

5. Die Mehrheit ist eine Minderheitsmehrheit

Wer ist «das Volk»? Wir können diesen Begriff in fünf Dimensionen differenzieren:

- Bevölkerung
- Schweizer und Schweizerinnen
- Stimmberechtigte
- An der Abstimmung Teilnehmende
- Obsiegende Mehrheit

Merke: Stimmberechtigt sind nur 62% der Bevölkerung, die Stimmbeteiligung liegt normalerweise unter 50%.

Der Souverän, das sind 19–23% des Schweizer Volkes, es bestimmt also eine Minderheits-Mehrheit.

6. Wann sind Mehrheitsentscheide legitim?

Mehrheiten wie Minderheiten sind nicht homogene Gruppen. Die Schwarz–Weiss-Entscheidung an der Urne überspielen die Tatsache, dass selten jemand zu 100% für oder gegen eine Vorlage ist, auch das gehört zur Vielfalt des Volkes. **«Wer das Volk ernst nimmt, nimmt es in seiner Vielfalt ernst»** (Zitat Rhinow).

Mehrheitsentscheide sind gültig und von der (Mehrheits-)Minderheit unter folgenden Bedingungen zu akzeptieren:

1. wenn ein **offener und fairer Meinungsprozess** stattgefunden hat.

Eine freie Meinungsbildung wird aber immer schwieriger, weil heute der Populismus überhandnimmt und oft Einzelbeispiele hoch gespielt werden. Es wird sogar

ein «Liberalismus» propagiert, der antistaatliches Denken fördert und als Ziel «einen staatsfreien» Bürger hat! Ein weiteres Problem sind die in den letzten Jahren un-sorgfältig formulierten Initiativen, die nicht 1:1 umgesetzt werden können.

2. wenn eine **Reversibilität garantiert** ist.

Lernprozesse dürfen nicht abgeschnitten werden, neue Volksentscheide müssen möglich sein. Die Mehrheit kann sich irren, der Mensch ist ein Mängelwesen. Sein Informationsstand ist begrenzt, eventuelle spätere neue Erkenntnisse können seine Meinung ändern. **Demokratische Entscheide haben immer vorläufigen Charakter**, die Geschichte der Demokratie ist eine Geschichte korrigierter Volksentscheide.

«Wenn das Volk eine Vorlage ablehnt, hat es nicht Nein gesagt, sondern noch nicht Ja» (Zitat Josy Meier CVP).

7. Die Mehrheit hat nicht immer recht – eine Bilanz

- Das Volk steht nicht über der Verfassung, der Volkswille ist dem Recht untergeordnet
- Mehrheitsentscheide gelten, sofern sie rechtmässig sind. Ob sie richtig sind, wird sich weisen
- Legitim sind sie, wenn ihnen ein offener, fairer Meinungsbildungsprozess vorausgegangen ist und die Diskussion weitergehen kann
- Neue Abstimmungen können ein Gebot der Demokratie sein
- Reformdiskussionen gehören zur lebendigen Demokratie

«Die Mehrheit schafft Recht, hat aber nicht immer Recht» (Zitat Rhinow).

Statements aus der Diskussion

Stellungnahme zum Referat

von **Gregor Rutz**, Nationalrat (SVP), 2001–2008 Generalsekretär der SVP Schweiz, Mitglied der Staatspolitischen Kommission im NR, Inhaber einer Agentur für Kommunikationsberatung,

Aus der Sicht von G. Rutz wurde im vorangehenden Referat von R. Rhinow nicht alles Entscheidende gesagt. Folgende Ergänzungen sind ihm wichtig:

- Die Schweiz ist politisch sehr stabil. Unser System funktioniert.
- Die Rechtssicherheit im Land, die Zuverlässigkeit der politischen Prozesse hängt auch davon ab, dass der Souverän weiss, wie er sich einmischen kann.

- Den Vorwurf, es würden «unsorgfältige Initiativen» eingereicht, kann Rutz nicht stehen lassen. Weil die Schweiz zu viele rechtliche Verpflichtungen und Verträge unterzeichnet hat, ist eine Kollision logisch.
- Initiativen können als positives Ergebnis gute Gegenvorschläge auslösen.
- Volksrechte sind dafür da, parlamentarische Entscheide zu korrigieren. Das Volk ist als Korrektiv vorgesehen.

«Auch Behörden und Richter haben nicht immer recht» (Zitat Rutz).

Entgegnung durch R. Rhinow

Seiner Ansicht nach hat sich Anzahl und Qualität der eingereichten Initiativen in letzter Zeit gravierend verändert.

- Zum Thema «unsorgfältige Initiativen» erwähnt er die **«Durchsetzungsinitiative»**: Sie berührt Verfassungsrecht, indem sie die Gewaltenteilung aufhebt und bestimmte richterliche Entscheide verlangt, indem sie eine ganze Reihe von Vergehen in der Verfassung verankern will. Zudem hebt sie auch Individualrechte auf.
- Initiativen sind Instrumente eines ständigen Wahlkampfes geworden, das ist neu. Initiativen können aber nicht einfach «Zeichen setzen» an die Adresse von Behörden, sondern verpflichten zu neuen Verfassungstexten.

5. Welche Schweiz wollen wir?

Vier junge Berner Nationalrätinnen im Gespräch. – Wir wollen 100 Jahre nach der Gründung der NHG wissen, welche Vorstellungen und Rezepte die jungen Parlamentarierinnen im Wahljahr 2015 haben, um den Zusammenhalt der Schweiz zu gewährleisten. An der Diskussion nehmen teil: Christa Markwalder FDP, Nadine Masshardt SP, Nadia Pieren SVP, Aline Trede Grüne.

Moderiert wird die Diskussion von Alec von Graffenried, NR und Präsident der NHG-RS Gruppe Bern. Er gibt zuerst einen kurzen Abriss über die Gründung und das Wirken der Helvetischen Gesellschaft 1762–1853 und der Neue Helvetischen Gesellschaft, die 2014 ihr hundertjähriges Jubiläum feiern konnte. Daraus folgt die Frage:

Kennen Sie die NHG, und welche Vorstellungen weckt sie in Ihnen?

NM (Masshardt) kennt die NHG durch frühere Einladungen, bereits vor ein paar Jahren ist sie an einer Veranstaltung aufgetreten. Sie teilt als SP-Frau die Ziele dieser Organisation.

NP (Pieren) kannte die NHG nicht, bis sie für dieses Podiumsgespräch angefragt wurde.

AT (Trede) kannte die NHG durch Alec v.G. und hatte den Eindruck, dass sie sich vor allem mit Aussenpolitik beschäftige. Nun hat sie mitbekommen, dass auch Innenpolitik ihr Thema ist.

CM (Markwalder) besuchte schon viele Veranstaltungen der NHG. Sie findet diese staatspolitische Vereinigung typisch für die Schweiz.

Die Schweiz ist geprägt durch zahlreiche Bruchlinien, wie den Stadt-Land-Graben, die Gewichtung der Landessprachen, das Verhältnis von arm zu reich, die Generationenunterschiede, das Verhältnis zu Europa usw. Welche Thematik sehen Sie als die grösste Herausforderung?

CM will zuerst das Positive erwähnen, und das ist die Freiheit, unser Leben selber zu gestalten, unsere reichhaltige Zivilgesellschaft, der gute Zustand unserer Wirtschaft und der soziale Frieden.

Die wichtigste Bruchlinie sieht CM in der Positionierung zu Europa. Es ist ein Paradigmenwechsel eingetreten von einer weltoffenen Schweiz mit zahlreichen internationalen Organisationen zu einer Schweiz mit Abschottungstendenzen.

NM teilt die Einschätzung von Markwalder über die positiven Eigenschaften der Schweiz. Die gefährlichste Bruchlinie sieht sie ebenfalls im Verhältnis zu Europa. Sie warnt im Besondern vor der neuen «Selbstbestimmungs-Initiative» der SVP, die Schweizer- vor Menschenrechte stellt. Zudem belastet NM die sich öffnende Schere zwischen arm und reich, ganz speziell stört sie der Unterschied zwischen Männer- und Frauenlöhnen.

NP betont, dass die Schweiz ein schönes Land ist, in dem gute Verhältnisse herrschen, die demokratische Mitsprache «topp» ist. Es geht der Schweiz gut, weil das Volk mitbestimmen kann.

Die am 9. Februar angenommene Initiative gegen die Masseneinwanderung sieht sie als Chance für die Schweiz, die Zuwanderung selber zu steuern. Zu der Zeit, als noch keine Personenfreizügigkeit gegolten hat, habe die Schweiz auch gut funktioniert. Die neue Initiative, die Schweizerrecht über fremde Richter stellt, begründet NP u.a. damit, dass die Europäischen Menschenrechte auch Ansprüche auf ausgefallene Wünsche schützen, wie eine Geschlechtsumwandlung oder Adoptivkinder für Homosexuelle.

AT will zuerst auf NP antworten: Sie sieht Nachteile der Abstimmung vom 9.2. z.B. darin, dass Filmförderung, Forschungsprogramme und der internationale Studentenaustausch eingeschränkt wurden. Zudem, so argumentiert sie, müssten mehrere hundert Stellen bei Bund und Kantonen geschaffen werden, um die Initiative umzusetzen.

Als Bruchlinie beschäftigt sie die «Wohlstandsverwahrlosung». Sie denkt dabei an eine uninteressierte, unpolitische Jugend. Die Partizipation an politischen Prozessen sei eine grosse Chance in der Schweiz. Wenn aber die Jungen nicht teilnehmen wollen und die vielen Migranten und Migrantinnen nicht teilnehmen dürfen, sei sie in Gefahr. Mit der Einstellung «wie es ist, ist es gut» hat sie Mühe, die bringe einen Verlust der Offenheit, bisher eine Qualität unseres Landes.

Werden wir die Vorgaben der «Masseneinwanderungsinitiative» MEI umsetzen können?

NM sieht keinen Weg, die Initiative wortgetreu umzusetzen, wenn die SVP nicht mit dem Vorgehen des Bundesrates einverstanden ist. Sie geht davon aus, dass es noch zu einer zweiten Abstimmung kommen wird.

CM sieht grosse Probleme für die Umsetzung der Initiative. Die Personenfreizügigkeit war ihrer Meinung nach das beste System für die Schweiz, weil die Unternehmen die Zuwanderung limitierten und sie so durch die Konjunktur gesteuert wurde. Die Freigabe des Frankenkurses und die Annahme der Minder-Initiative belasten die Unternehmen zusätzlich. CM ist überzeugt, dass die EU zu keinen Konzessionen bereit ist. Sie sieht zwei Möglichkeiten, die weiterführen könnten: eine Änderung des Ausländergesetzes oder die Einreichung der bereits angekündigten Initiative «Heraus aus der Sackgasse».

AT wünscht eine zweite Abstimmung, auch wenn es die Durchsetzungsinitiative der SVP wäre. So könnten die Stimmenden den Entscheid vom 9.2. korrigieren. Sie wirft der SVP vor, dass sie die Mitarbeit bei der Umsetzung der MEI verweigere (z.B. keine Zahlen für die Kontingente angeben wolle) und dass sie bewusst Ängste schüre.

NP weist darauf hin, dass zurzeit Unterschriften gesammelt werden, um die MEI rückgängig zu machen. Auch das sei in der Demokratie möglich. Und wenn das Gesetz zur Umsetzung der MEI vorliege, könne immer noch das Referendum ergriffen werden. Sie glaubt aber nicht, dass das Volk anders entscheiden würde als am 9.2.14.

Stadt – Land – Graben: Was denken Sie darüber, gibt es ihn oder gibt es ihn nicht?

CM stellt fest, dass alle vier hier versammelten Parlamentarierinnen in einer Stadt leben, auch Burgdorf gehöre dazu. Sie erlebt grosse Unterschiede sowohl im Denken wie im Handeln zwischen der Stadt- und der Landbevölkerung.

AT sieht ebenfalls einen Stadt – Land – Graben. Politisch zeigen das die Unterschiede zwischen den rot-grünen Exekutiven der Städte und den bürgerlich geleiteten Landgemeinden. Sie findet, dass die Städte im Kantons- und eidgenössischen Parlament untervertreten sind.

NM bringt Erfahrungen mit aus dem grossen Rat des Kantons Bern. Sie konnte dort gut zusammenarbeiten mit Leuten aus Landregionen, hatte gute Erlebnisse. Es muss aber eine inhaltliche Diskussion über die verschiedenen Bedürfnisse von Stadt und Land geführt werden. NM stimmt AT zu, dass die Städte in den Parlamenten zu wenig Gewicht haben.

NP hört oft, sie sei ein «Landei», fühle sich aber als Kleinstädterin (lebt in Burgdorf). Am Beispiel der Kindertagesstätten sieht sie, wie die Interessen je nach Region variieren. Ebenfalls in der Spitalplanung spielen die Stadt – Land – Gegensätze. NP findet, dass mit Abstrichen an eigenen Interessen das Land – Stadt – System gut funktioniert.

Fragen aus dem Publikum

Denken Schweizer und Schweizerinnen erst nach den Abstimmungen über Konsequenzen nach (siehe 9.2.14)?

NM Die Leute merken nicht, dass Politik so oder so unser Leben bestimmt. Über der Masseneinwanderungsinitiative haben die Gegner eindeutig zu spät nachgedacht. Bei der laufenden Initiative über «Landesrechte» müssen wir frühzeitig diskutieren, was denn Schweizerrechte sind. Die SVP stellt die Gewaltentrennung in Frage. Eine Annahme dieser Initiative könnte zur Folge haben, dass Internationale Organisationen aus der Schweiz abwandern.

NP betont, dass unsere Demokratie spielt. Zur «Selbstbestimmungsinitiative» hält sie noch einmal fest, dass Schweizerrecht über internationalem Recht stehen muss. Ob internationale Organisationen ausziehen werden, wisse niemand.

Fremdes Recht – was ist das? Will die SVP eventuell die Europäische Menschenrechtskonvention kündigen?

NP «Schweizer Recht» meint, dass die Richter in der Schweiz endgültig entscheiden können und nicht z.B. die Richter in Strassburg. Ja, es soll möglich sein, auch den Austritt aus der EMK oder dem Europäischen Parlament zu diskutieren.

CM Der Verlust der Verlässlichkeit der Schweiz, die Unsicherheit, ob sie Verträge einhalten wird, hätte eine verheerende Wirkung. Würde die Initiative «Landesrecht vor fremdem Recht» angenommen, hätten die Gegner versagt.

Anschlussfrage: Soll das Initiativrecht revidiert werden?

CM Ja, sie befürwortet Reformen. Alle Initiativen, die in den letzten Jahren angenommen worden sind, findet sie inhaltlich fraglich, sie betrafen in der Regel kleine Gruppen von Sündenböcken (straffällige Ausländer, Wiederholungstäter, Pädophile) oder sie enthielten Verstösse gegen geltendes Recht. Initiativen sollten unbedingt materiell vorgeprüft werden.

Der Titel dieser Veranstaltung heisst «Welche Schweiz wollen wir?» Wie sehen Sie als junge Parlamentarierinnen unser zukünftiges Zusammenleben?

CM Die Digitalisierung und unsere Probleme damit werden an Bedeutung noch zunehmen. Auch aus rechtlicher Sicht hat sie Bedenken, z.B. wegen der Zunahme von Überwachung und Marktmacht, wegen der Aufhebung der Territorialität.

AT Ihrer Meinung nach bringt die Digitalisierung auch Chancen und neue Möglichkeiten. Es geht hier oft um Vorurteile: Heute schauen alle Leute im Zug auf ihr i-Phone, früher haben alle den Kopf in die Zeitung gesteckt. Wo ist da der Unterschied? Ein Problem sieht sie darin, dass das Verständnis der «Grauköpfe» in den Räten für die technische Umwälzung klein ist.

Wird sich die Schweiz in den nächsten zehn Jahren verändern?

AT Die Gesellschaft verändert sich ständig, doch die Gesetzgebung hinkt immer hinterher. Ökologisch muss sich viel verbessern, wir müssen unsere Lebensgrundlage schützen. Zudem wünscht AT, dass Männer und Frauen endlich gleiche Löhne für gleiche Arbeit erhalten und dass unsere soziale Gesetzgebung revidiert wird.

NP Die Schweiz wird in zehn Jahren ähnlich sein wie heute, «das Volk ist stabil.» Einzig Technik und Forschung werden grosse Fortschritte machen.

NM Bis in 10 Jahren muss sich im sozialen Bereich und ökologisch viel ändern, u.a. wünscht sie sich, wie AT, dass gleicher Lohn für gleiche Arbeit gilt und dass ein Elternurlaub eingeführt worden ist.

CM Die Schweiz wird sich weiter urbanisieren, die Probleme der Randgebiete und die Pendlerströme werden zunehmen. Ganz sicher wird sich auch der Begriff der Familie weiter ändern, Patchwork- Familien werden noch häufiger. Bewahren möchte sie die folgenden für sie zentralen Werte der Schweiz: Respekt, Toleranz, Leistungsbereitschaft, Qualitätsbewusstsein und Solidarität.

30. März 2015 Urs Graf, Vorstand NHG Bern

Kontakt:

Neue Helvetische Gesellschaft
Gruppe Bern / Groupe de Berne
Alec von Graffenried (Präsident)
Nelkenweg 13
3006 Bern
Tel P: 031 352 19 32
Mob: 079 487 94 12
eMail: avg@bluemail.ch
<http://nhg.ch/de/gruppen/bern>

